



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft
und Finanzen der Stadt Eberswalde
am 09.11.2017, 19:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 12.10.2017
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Tätigkeitsbericht Bürgeramt
11. Bericht "Sicherheitspartner des Landes BRB im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention - Informationen zu bisherigen Erfahrungen und zukünftigen Möglichkeiten für die Stadt Eberswalde" durch die Polizeiinspektion Barnim, Berichterstatter Herr Kulig, Leiter Polizeirevier Eberswalde

12. Information, Diskussion und empfehlende Beschlussfassung zur Absichtserklärung der Stadt Eberswalde bzgl. der angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes/Schleusenregimes innerhalb der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal

13. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

13.1. **Vorlage:** **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
BV/0553/2017 10 - Hauptamt
Öffentliche WLAN-Hotspots im Stadtgebiet

13.2. **Vorlage:** **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
BV/0569/2017 83 - Zoo
Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Ersatzneubau der Kühl- und Kälteanlagen sowie Installation einer Wärmerückgewinnung im Zoologischen Garten Eberswalde

13.3. **Vorlage:** **Einreicher/zuständige Dienststelle:**
BV/0574/2017 Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde
Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Eberswalde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Jur, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jur stellt fest:

- form- und fristgerecht geladen
- 10 Mitglieder und 1 zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht anwesend (**Anlage 1**)
- Wirtschafts- und Finanzausschuss beschlussfähig
- keine Einwendungen

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadt Eberswalde vom 12.10.2017

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Jur teilt mit, dass

- der Tagesordnungspunkt 11 zum Thema „Sicherheitspartner“ vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 9 behandelt wird

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

- die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde den Wortlaut des Tagesordnungspunktes 12 wie folgt ändern möchte: „Information und Diskussion bzgl. der angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes/Schleusenregimes innerhalb der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal“

Herr Dr. Spangenberg:

- beantragt Rederecht für Herrn Zinn zum Tagesordnungspunkt 12

Herr Laffin:

- beantragt Rederecht für Frau Oehler zum Tagesordnungspunkt 12

Abstimmungsergebnis zu den Rederechten: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis zum geänderten Tagesordnungspunkt 12: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis über die geänderte Tagesordnung: einstimmig beschlossen

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Stibane informiert, dass

- Herr David Fritsche heute nicht im nichtöffentlichen Teil anwesend sein wird
- es erste Zwischeninformationen, auf die Anfrage von Herrn Morgenroth aus der 30. Sitzung zu Schäden der Herbststürme Xavier und Herbert eingehend, gibt:

- die Feuerwehr fuhr 95 Einsätze (59 Berufsfeuerwehr, 36 Freiwillige Feuerwehren); 1240 Mann-Stunden fielen an
- der Familiengarten war ebenfalls betroffen, er musste vom 05. bis 09.10.2017 aus Gründen der Sicherheit geschlossen bleiben
- 2840 Einsatzstunden fielen bisher im Bauhof an, das Tiefbauamt meldete 20 Einsatzstunden
- die Einsatzstunden von Fremdfirmen können derzeit noch nicht beziffert werden

- die Wirtschaftlichkeitsprüfung zum Bauhof als Informationsvorlagen in der STVV am 23.11.2017 eingebracht wird; die Beteiligung der Fachausschüsse ist in diesem Fall im Nachgang geplant; die sehr umfangreiche Vorlage kann so ausgiebig gelesen und Fragen anschließend in den Fachausschüssen beantwortet werden

- angedacht ist, einen Einjahreshaushalt 2019 zu planen; der Bürgermeister bittet die Fraktionen, noch einmal darüber nachzudenken, ob dies ihre Zustimmung findet und verbindlich mit der Einjahresplanung begonnen werden kann

Herr Siebert wies darauf hin, dass eine Übersicht zu den „Haushaltsdaten Oktober 2017“ (**Anlage 2**) als Tischvorlage vor Sitzungsbeginn verteilt wurde. Er teilt weiterhin mit, dass die Verwaltung in der 32. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen eine Nachtragshaushaltssatzung vorlegen wird

Herr Landmann:

- fragt, ob die Nachtragshaushaltssatzung die Stellenplanänderung beinhalten wird

Frau Stibane bejaht dieses.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

9.1. – Anfragen Herrn Dr. Fischer (**Anlage 3**):

Frau Stibane wird die Fragen zur Beantwortung mitnehmen, macht jedoch vorab die folgenden Bemerkungen. Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes ist Bestandteil eines eingereichten Jahresabschlusses, wie auch der Rechenschaftsbericht der Verwaltung.

Weiterhin sagt sie, dass die Liste mit Ermächtigungsübertragungen vor ca. 8 Monaten akribisch zusammengestellt und übermittelt worden ist. Übersichten über Ermächtigungsübertragungen sind ebenfalls Bestandteil eines Jahresabschlusses, sie werden einzeln ab einer Größenordnung von 50 T € aufgelistet.

9.2. – Anfrage Herr Bohn:

- weist auf das Problem hin, dass immer wieder Beschlussvorlagen beraten werden, die auch in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zur Vorberatung gehört hätten, wie z. B die Beschlussvorlage BV/0561/2017 -Grundsatzbeschluss zur Weiterführung des Programms "Soziale Stadt" im Brandenburgischen Viertel-

Frau Stibane gibt den Hinweis, dass mit den entsprechenden Anträgen der Fraktionen, die Beschlussvorlagen in die gewünschten Gremien verwiesen werden können. Sie nimmt die Anregung mit, dass die Verwaltung, Beschlussvorlagen mit erheblicher finanzieller Auswirkung bzw. mit starker wirtschaftlicher Tendenz, den Durchlauf durch die Fachausschüsse intensiver prüft.

TOP 11

Bericht "Sicherheitspartner des Landes BRB im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention - Informationen zu bisherigen Erfahrungen und zukünftigen Möglichkeiten für die Stadt Eberswalde" durch die Polizeiinspektion Barnim, Berichterstatter Herr Kulig, Leiter Polizeirevier Eberswalde

Herr Kulig berichtet anhand einer Präsentation zum Thema Sicherheitspartner, die Präsentation liegt der öffentlichen Niederschrift als **Anlage 4** bei.

Herr Bohn:

- möchte wissen, ob es gesetzlich geregelt ist, in welchem Zeitraum die Polizei einen Einsatzort erreicht haben muss

- fragt, ob eine Aufstockung des Personals für Eberswalde vorgesehen ist
- hat im Vortrag Statistiken vermisst

Herr Kulig informiert, dass es Interventionszeiten bei der Polizei gibt, die zurzeit zwischen 17 und 21 Minuten liegen. Die Einsätze der Polizei werden priorisiert.

Ein Personalzuwachs für Eberswalde ist nicht vorgesehen. Um den Wach- und Wechseldienst rund um die Uhr mit der geforderten Mindeststärke aufrechterhalten zu können, wären ca. 90 Beamte notwendig, ca. 80 Beamte stehen jedoch nur zur Verfügung. Der Wach- und Wechseldienst wird von Bernau geführt (geleitet) und ist auch in Eberswalde am Revierstandort Tramper Chaussee ansässig. Die Fehlstellen werden an beiden Standorten unter anderem durch Revierpolizisten kompensiert. Der Zahlenschlüssel für die Revierpolizei liegt bei 1:4500.

Herr Dr. Fischer:

- möchte wissen, wie der Stichpunkt „Abbau von Nachbarschaften mit fehlender Sozialkontrolle“ umgesetzt wird und an welchen Stellen es solche Problemfelder gibt; ob eine Liste über derartige Problemfelder existiert und wer dort eingestuft wird

Herr Kulig sagt, dass in der Kriminalitätsstatistik nach Stadtteilen unterschieden wird und dort geschaut wird, welche Wohnstrukturen vorhanden sind. So ist der Polizei natürlich die Möglichkeit gegeben, zu sehen, wo sozial Schwächere wohnen, um präventiv aktiv zu werden und im Bedarfsfall schnell handeln zu können.

TOP 10

Tätigkeitsbericht Bürgeramt

Herr Segebarth stellt anhand einer Präsentation, **Anlage 5**, den Tätigkeitsbericht zum Bürgeramt vor.

TOP 12

Information, Diskussion und empfehlende Beschlussfassung zur Absichtserklärung der Stadt Eberswalde bzgl. der angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes/Schleusenregimes innerhalb der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal

Herr Dr. Spangenberg:

- begründet den Antrag dieses Tagesordnungspunktes durch die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde; sagt, dass im Vorfeld zur angestrebten kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes/Schleusenregimes Meinungen zusammengetragen und diskutiert werden sollten

Herr Jur erinnert daran, dass für die Stadtverordneten Frau Oehler und Herrn Zinn das Rede-recht beschlossen wurde.

Herr Trieloff:

- fragt die Verwaltung, wie der Arbeitsstand hinsichtlich der angekündigten Absichtserklärung ist
- fragt, was hier diskutiert werden soll, wenn die Absichtserklärung nicht vorliegt

Herr Prof. Dr. König erklärt, dass in der Stadtverordnetenversammlung in groben Zügen bereits die Punkte der Absichtserklärung dargestellt wurden. Die Beschlussvorlage wird im Hauptausschuss am 16.11.2017 eingebracht, die dazugehörige Absichtserklärung wird am 10.11.2017 nachversandt. Herr Prof. Dr. König begründet die Verzögerung mit der juristischen Prüfung der Absichtserklärung.

Frau Kersten:

- stellt den Antrag, die Diskussion hier abzubrechen, findet es nicht zielführend, über die Absichtserklärung zu reden, die noch nicht vorliegt

Herr Zinn:

- bekräftigt noch einmal das Anliegen seiner Fraktion, den Sachverhalt diskutieren zu wollen, auch wenn die Beschlussvorlage nicht vorliegt; findet es wichtig, sich ein Bild machen zu können, was zu erwarten ist; sagt, dass es auch das Anliegen war, interessierten Bürgerinnen und Bürgern und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu geben, sich zur Übernahme des Finowkanals zu informieren und sich zu positionieren; möchte, dass sich für das gesamte Thema mehr Zeit genommen wird
- fragt Herrn Prof. Dr. König, was mit der Absichtserklärung juristisch verbunden ist, wenn es nur eine plakative Erklärung ist, dann muss nicht 8 Wochen gewartet werden oder hat die Absichtserklärung eine andere Nachwirkung

Herr Thörmer:

- möchte festhalten, dass ihm die historische Bedeutung des Finowkanals und die wirtschaftliche Bedeutung für die dort angesiedelten Unternehmer bewusst ist, dass sich aber trotzdem mit den finanziellen Konsequenzen auseinandergesetzt werden muss; zeigt in seiner Aufstellung „Umlagen insgesamt“ (**Anlage 6**) auf, dass bei einem angenommenen geplanten Defizit in Höhe von 2,6 Mio Euro pro Jahr die Rücklagen der Stadt Eberswalde im Jahr 2027 aufgebraucht wären; ist der Meinung, dass die Stadtverwaltung eine Aussage treffen muss, wie Aufwendungen und Defizite ausgeglichen werden können

Herr Trieloff:

- bittet ebenfalls darum, die Diskussion jetzt zu beenden und die Diskussion im Dezember in den Ausschüssen zu führen

Herr Wrase:

- ist auch der Meinung, dass die Absichtserklärung vorliegen muss, um darüber diskutieren zu können und natürlich rechtzeitig vorliegen muss; sagt, dass zu wenig Zeit zwischen Vorlage der Absichtserklärung und der Meinungsbildung in den Fraktion liegen wird, auch wenn der Versand für den morgigen Tag angekündigt wird; schlägt aus diesem Grund vor, die Dezemberausschüsse oder noch besser, die sitzungsfreie Zeit im Januar 2018 zu nutzen

Frau Oehler:

- bedankt sich für die Möglichkeit, als Vertreterin der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss sprechen zu können
- zitiert aus einem Protokoll des Kreistages: „Derzeit werden Gespräche zwischen der KAG, dem Wasserstraßenamt und dem Bund zum Angebot einer Übernahme geführt. Dazu solle die Erarbeitung eines Umsetzungsplanes erfolgen. Es ist noch nicht abzusehen, ob die Vorstellung des Entwurfes in der Sitzung des Kreistages am 06. Dezember 2017 möglich sein wird.“; möchte darauf hinweisen, dass der Landrat weder von einer Absichtserklärung noch von Beschlussvorlagen gesprochen hat; gibt zu bedenken, dass nicht nur die Stadt Eberswalde, sondern auch die Kreistagsabgeordneten sich Ihre Gedanken zum Finowkanal machen; sagt, dass sich eine Absichtserklärung der Stadt positiv auf einen Antrag zum Finowkanal in der noch zu führenden Haushaltsdiskussion im Dezember auswirken kann; unterstreicht, dass eine Absichtserklärung noch keinerlei Vertrag darstellt; stellt fest, dass die Diskussion nach einer Absichtserklärung erst richtig beginnen kann

TOP 13

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 13.1

Vorlage

BV/0553/2017

Einreicher/zuständige Dienststelle:

10 - Hauptamt

Öffentliche WLAN-Hotspots im Stadtgebiet

Frau Stibane führt zur Vorlage aus, dass die Einrichtung der öffentlichen WLAN-Hotspots eine freiwillige Aufgabe ist, die die Stadtverwaltung bei Zustimmung der Stadtverordneten übernimmt; dass nach Einrichtung dreier Standorte (1. Etappe), die wie Pilotprojekte funktionieren, in einer 2. Etappe weitere Standorte an das Netz gehen können; sagt, dass von der Stadtverwaltung die technischen und finanziellen Möglichkeiten geprüft wurden, nicht aber die generelle Notwendigkeit bzw. ob es sich um ein pädagogisch wertvolles Angebot handelt; teilt mit, dass die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Fragen dazu gestellt hat, die vor der Sitzung verteilt wurden (**Anlage 7**), die auch in diese Richtung zielen;

Herr Martin:

- fragt, warum der Stadtteil Finow nicht mit einbezogen wurde

Frau Stibane sagt, dass erst einmal mit drei Standorten gestartet wird und weitere folgen können.

Herr Trieloff:

- begrüßt die Vorlage ausdrücklich
- hinterfragt die Standortauswahl, hätte es für gut befunden, wenn gerade der Potsdamer Platz für die Einrichtung von WLAN-Hotspots in Betracht gezogen worden wäre; hätte sich gewünscht, dass die Stadtverwaltung bei der Standortauswahl etwas offensiver vorgegangen wäre; fragt, ob die Prioritäten zugunsten der noch nicht so gut WLAN-zugängigen Standorte verschoben werden können
- möchte wissen, was der Betreiber der Rathauspassage dazu sagt, dass dort von der Einrichtung eines WLAN-Hotspots wegen Benachteiligung der Händler abgeraten wird; findet, dass das nicht zeitgemäß und für einen Hochschulstandort eine nicht angemessene Herangehensweise ist

Frau Stibane sagt, auf die Auswahl der Standorte eingehend, dass die Mitarbeiter der technikerunterstützten Informationsverarbeitung, TUIV, sehr akribisch geprüft haben, an welchen Standorten unkompliziert WLAN-Hotspots eingerichtet werden können. Sie sagt, dass gerade zum Potsdamer Platz auch ein anderes Statement heute vorliegt.

Herr Dr. Spangenberg:

- weist auch noch einmal auf die schriftliche Meinungsäußerung seiner Fraktion bezogen auf den Standort Potsdamer Platz hin (**Anlage 7**)

Frau Kersten:

- betont, dass öffentliches WLAN heute einfach dazugehört, die Standortfrage aber diskutiert werden muss; zählt unbedingt das Bürgerbildungszentrum und auch den Familiengarten zu den auszuwählenden Standorten; sagt, dass es immer Vor- und Nachteile geben wird

Herr Laffin:

- möchte darauf hinweisen, dass sich der Finower Wasserturm sehr gut für die Einrichtung eines WLAN-Hotspots eignen würde

Herr Otto:

- merkt an, dass im Freizeitbad baff Handy-, und Laptopverbot herrscht, warum also dort öffentliches WLAN; regt an, den Empfang auf die Turnhalle auszuweiten
- merkt zum öffentlichen WLAN in der Rathauspassage an, dass den Händlern die Entscheidung überlassen werden sollte

Herr Lehmann, Leiter des Sachgebietes TUIV, teilt mit, dass mit Herrn Schäfer über den Austausch eines leistungsstärkeren Hotspots gesprochen wurde, um auch die Turnhalle mit dem Empfang zu erreichen. Mit baff ist nicht das Schwimmbad gemeint.

Herr Rennert:

- fragt, warum das Baff bei der Betrachtung mit einbezogen wurde, es nicht Aufgabe der Technischen Werke wäre
- fragt, wie die Reichweite eines Hotspots auf dem Marktplatz sein wird
- möchte wissen, warum es im Park am Weidendamm keinen Hotspot gibt; fände es richtiger, gleich alle wichtigen Plätze mit in den Antrag aufzunehmen

Frau Stibane, schlägt vor, die heute genannten Vorschläge für weitere Standorte noch einmal zu prüfen, die aber nicht mehr in den vorliegenden Beschluss aufgenommen werden können, da die Finanzierung nicht abgesichert wäre. Es könnte die zweite Etappe anvisiert werden, um die neuen Standorte einzubinden und diese in die nächste Beschlussvorlage aufzunehmen.

Herr Lehmann sagt zur Reichweite, dass auf dem Marktplatz bis zum Kreishaus ein Signal empfangen wurde, dass er zum Empfang auf dem Kirchenhang keine Aussage treffen kann.

Frau Stibane lässt prüfen, ob die Technischen Werke, die Einrichtung des Hotspots selbst übernehmen würden.

Es erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an ausgewählten Standorten im Stadtgebiet, durch den Aufbau von WLAN-Hotspots, den allgemeinen kostenfreien Internetzugang für Bürger und Besucher der Stadt bereit zu stellen. In einer ersten Etappe sollen ab 1. Quartal 2018, die Standorte Marktplatz, Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio und Freizeitbad „baff“ berücksichtigt werden. Ab dem 3. Quartal 2018 sollen die Standorte Potsdamer Platz sowie Bahnhofsvorplatz folgen. Aufenthaltsbereiche innerhalb des Rathauses sind im Zuge der Rathausesanierung zu berücksichtigen.

TOP 13.2

Vorlage

BV/0569/2017

Einreicher/zuständige Dienststelle:

83 - Zoo

Genehmigung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Ersatzneubau der Kühl- und Kälteanlagen sowie Installation einer Wärmerückgewinnung im Zoologischen Garten Eberswalde

Herr Jur teilt mit, dass eine Ergänzungsseite (**Anlage 8**) vor Sitzungsbeginn an die Ausschussmitglieder verteilt wurde.

Herr Thörmer:

- hat eine Anregung bezüglich der Beschlussdarstellung; wünscht sich eine transparente und nachvollziehbarere Darstellung der Kosten und deren Auswirkungen; hält es für schwierig, zu erkennen, ob es zu Mehraufwendungen in den Folgejahren kommt und in welcher Höhe
- sieht bei den vielen Einsparungen, die in der Sachverhaltsdarstellung genannt werden, nicht die Notwendigkeit des Bedarfes zusätzlicher Mittel in Höhe von 25 T€

Herr Landmann:

- bittet die Verwaltung, die im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport zugesagte Darstellung, wie schnell sich die Anlage amortisiert, fertigzustellen

Herr Thörmer:

- bekräftigt noch einmal seinen Wunsch, dass, wenn Investitionen getätigt werden, eine nachvollziehbare Darstellung der Folgeaufwendungen bezogen auf das gesamte Planjahr, erfolgt

Herr Martin:

- weist auf den Tippfehler im Beschlussvorschlag hin; es muss richtig heißen 350.000,00 €

Es erfolgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 350.000,00 € für den Ersatzneubau der Kühl- und Kälteanlage sowie die Installation einer Wärmerückgewinnung im Zoologischen Garten Eberswalde.

TOP 13.3

Vorlage:

BV/0574/2017

Einreicher/zuständige Dienststelle:

Fraktion Bürgerfraktion Eberswalde

Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Eberswalde

Herr Morgenroth:

- geht kurz auf die Ausbildung der Rettungshunde und der Hundeführer ein; macht deutlich

welcher zeitliche Aufwand sich dahinter verbirgt; sagt, dass eine Befreiung von der Steuer für diese Hunde auch eine Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement wäre
- möchte im Beschlusstext „~~folgendem Inhalt zu erarbeiten~~“ streichen und durch „~~dem Ziel, Rettungshunde von der Hundesteuer zu befreien, zu erarbeiten.~~“ ergänzen; nachfolgende Ausführungen werden ersatzlos gestrichen

Nach kurzer Diskussion erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage mit den o. g. Änderungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Eberswalde mit ~~folgendem Inhalt zu erarbeiten~~: dem Ziel, Rettungshunde von der Hundesteuer zu befreien, zu erarbeiten.

~~Einzufügen ist § 6 Abs.2~~

~~Rettungshunde, die eine Zertifizierung nach DIN 13050 erhalten haben.~~

~~§ 6 Abs. 2 alt wird § 6 Abs.3~~

Herr Jur beendet die öffentliche Sitzung um 21:02 Uhr.

J u r
Vorsitzender des Ausschusses
für Wirtschaft und Finanzen

Heilmann
Schriftführerin

